

kitklarenberg.com

The D-Notice: Very British State Censorship

Kit Klarenberg

18–22 Minuten

Julian Assange ist "gefährlich nah", an die USA [ausgeliefert](#) zu [werden](#), nachdem er seine letzte rechtliche Berufung verloren [hat](#).

In einem dreiseitigen Urteil, das am 6. Juni gefällt wurde, lehnte der Richter des britischen High Court, Jonathan Swift, alle acht Gründe für Julians Berufung gegen den US-Auslieferungsbeschluss ab, der vor einem Jahr von der damaligen Innenministerin Priti Patel unterzeichnet wurde.

Julians Anwälte werden nun erneut vor demselben Gericht Berufung einlegen. Sollte dies scheitern, wird er in den USA vor Gericht gestellt, weil er Tausende von geheimen militärischen und diplomatischen Dokumenten veröffentlicht hat, für die ihm eine Gesamtstrafe von bis zu 175 Jahren Gefängnis droht. Er befindet sich seit über vier Jahren im berüchtigten britischen Belmarsh-Gefängnis, wobei seine geistige und körperliche Gesundheit jeden Tag zurückging.

Deprimierenderweise sollte davon ausgegangen werden, dass Julian schließlich in den Staaten entsandt werden wird. Ein auffälliges Merkmal sowohl des Urteils vom Januar 2021 über

Assanges Auslieferung als auch des Urteils des High Court zu Washingtons Berufung waren Überlegungen zur Pressefreiheit, die in die Urteile nicht einfließen. Bezirksrichterin Vanessa Baraitser akzeptierte die Beweise, die jeder zweifelhaften US-Anklage zum Nennwert zugrunde liegen. Unterdessen wies der High Court jeden Vorschlag ab, dass Julians Auslieferung "ungerecht" sein würde.

Solche beunruhigenden Perspektiven sind sicherlich symptomatisch für die britische Kultur der Staatsgeheimnisse, die intensivste und drakonischste in der westlichen Welt.

Einführung der DSMA

London, das wenig bekannt und selten vom Medienestablishment diskutiert wird, unterhält seit Jahrzehnten den hochgeheimen Ausschuss für Verteidigungs- und Sicherheitsmedienberatung (DSMA), der der Presse eine sehr britische Form der Zensur auferlegt. Es entscheidet, über welche Themen und Ereignisse berichtet werden kann und wie, auf eine ritterliche, aber grundsätzlich unehrliche Weise.

Das DSMA-Komitee ist ein von der Verteidigung betriebenes Gremium, das sich aus Vertretern der Sicherheitsdienste, Militärveteranen, hochrangigen Regierungsbeamten, Presseverbänden, leitenden Redakteuren und Journalisten zusammensetzt, die sich alle sechs Monate trifft. Zum Beispiel sind Vertreter der BBC, ITV und Sky News alle Mitglieder.





Manchmal gibt der Ausschuss als Beamter besondere D-Notizen heraus, wenn er theoretisch freiwillig ist, dass Journalisten keine besonderen Informationen zu Themen im Zusammenhang mit der nationalen Sicherheit veröffentlichen oder ausstrahlen. Alternativ fordern ihre Vertreter die Entfernung bestimmter Details aus der Berichterstattung zu vermeintlich sensiblen Themen.

Ab 2017 gibt es [fünf Standing Notices](#), militärische Operationen, Pläne und Fähigkeiten; nukleare und nicht-nukleare Waffensysteme und -ausrüstung; militärische Anti-Terror-Kräfte, Spezial- und Geheimdienstoperationen, Aktivitäten und Kommunikationsmethoden und -techniken; physisches Eigentum und Vermögenswerte; Personal und ihre Familien, die in sensiblen Positionen arbeiten.

Wenn der Ausschussekretär glaubt, dass bald eine Geschichte veröffentlicht wird oder veröffentlicht wurde, die unter einen oder mehrere dieser Bereiche fällt, werden E-Mails an die Herausgeber aller Mainstream-Veröffentlichungen gesendet. Sie sind in der Regel als "privat und vertraulich" gekennzeichnet: nicht für die Veröffentlichung, Übertragung oder Verwendung in sozialen Medien.

Das Protokoll der jüngsten [Sitzung](#) des [DSMA-Ausschusses](#) im April dieses Jahres, das von Mai bis November angegeben wurde, gab Journalisten bei 37 verschiedenen Gelegenheiten Ratschläge. Dies lag unter einem „Herbst/Winter-Trend“ von 50 in den letzten drei Jahren.

Der stellvertretende DSMA-Sekretär Captain Jon Perkins, ein Veteran der Royal Navy, stellte fest, dass "die Anzahl der Gegenstände als Kennzahl weniger signifikant war als die extreme Empfindlichkeit (in Bezug auf die nationale Sicherheit) eines Teils des Materials", über die das Komitee von den britischen Medien nicht berichtete. Er fügte hinzu, dass einige dieser Materialien "von der sensibelsten Natur gewesen seien, die er seit seinem Eintritt in den Ausschuss gesehen habe".

Während die Natur dieses Materials unerklärt ist, kann man sich nicht anders, als sich zu fragen, ob sich diese Passage auf die [Reihe von Berichten](#) von The Grayzone während dieser Zeit über [Londons geheime](#) Rolle im Stellvertreterkrieg der Ukraine bezieht. Diese Exposés erhielten enorme internationale Aufmerksamkeit und wurden von Medien in jeder Ecke der Welt, Bar Britain, berichtet.

In jedem Fall werden in dem Protokoll zwei Beispiele für „das System in Aktion“ genannt. Erstens hatte ein ungenannter britischer Geheimdienst „einen Vorfall mit einem ausländischen Staatsangehörigen“. Der Ausschuss feuerte Forderungen ab, den Namen der Person zu verbergen, „der von der Gesamtheit der Medien akzeptiert wurde“.

„Obwohl in den folgenden Wochen einige Informationen in die Öffentlichkeit gelangten, wurde das potenzielle Risiko für die

Person minimiert", schrieb der Ausschuss. Es behauptete, dieser Vorfall "zeigte die Wirksamkeit des offenen Kanals und des Vertrauensspeichers" zwischen dem DSMA-Sekretariat und Journalisten und Redakteuren.

Das andere Beispiel bezog sich auf „aktuelle Operationen“. Ein Journalist „entdeckte die Identität einer kleinen Einheit, die im Begriff ist, Operationen im Ausland zu stationieren“ - ein Hinweis auf die russische Invasion in der Ukraine - und wandte sich an das Komitee, um Leitlinien für die Berichterstattung über die Entwicklung zu erhalten. Sie beschlossen schließlich, die Geschichte nicht zu veröffentlichen, obwohl sie dem Ausschuss "einige überzeugende Punkte" machten. Nämlich die "weithin bekannte" Präsenz britischer Streitkräfte in der Ukraine "war Teil einer sehr großen internationalen Koalitionsbemühung, und es gab Open-Source-Beweise, um es zu beweisen":

„Die Online-Verfügbarkeit von kommerziell erhältlichen Overhead-Bildern sowie Fotos und Videos mit Tracking-Daten bedeutete, dass Informationen, die zuvor den nationalen Geheimdienstbemühungen vorbehalten waren, in Echtzeit für alle frei verfügbar waren. Im Gegensatz zum Bürgerbeobachter wurde der professionelle Journalist sowohl ausgebildet als auch zu Standards der Wahrheit und Gleichmäßigkeit verpflichtet, an die der Amateur nicht gebunden war.“

Suchen Sie Unseren Rat - Oder Sonst

Briefe des DSMA-Ausschusses schließen in der Regel mit höflichen Fragen wie: "Darf ich Sie bitten, meinen Rat einzuholen, bevor Sie dies tun?" Eine solche Höflichkeit täuscht ein finsternes

Paradoxon im Kern des Systems.

Auf dem Papier mag dies beratend erscheinen, und Redakteure und Journalisten sind gesetzlich nicht verpflichtet, den Anträgen des Ausschusses nachzukommen, um Leitlinien zu erbitten, bevor sie eine Geschichte veröffentlichen oder bestimmte Informationen geheim halten. Reporter sind sich jedoch bewusst, dass sie, wenn sie sich nicht daran halten, nach dem Official Secrets Act strafrechtlich verfolgt werden könnten. Wenn nicht, können sie zumindest auf die schwarze Liste gesetzt werden oder den Zugang zu Briefings, Interviews und privilegierten Informationen von Beamten verlieren.

Es gibt nur sehr wenige Beispiele dafür, dass D-Notizen jemals gebrochen werden, und Briefe werden selten gesendet. Zwischen 1997 und 2008 schrieb der Ausschuss nur 30 Mal an die Nachrichtenagenturen.

Ein greifbares Beispiel für die brutale Wirksamkeit des Systems kam im November 2010, als eine D-Notiz nach WikiLeaks' ersten Veröffentlichungen von Kabeln des US-Außenministeriums herausgegeben wurde. Es warnte davor, die Akten zu veröffentlichen, "könnte gewalttätige lokale Reaktionen" gegen britische Bürger auslösen, die "in volatilen Regionen arbeiten oder leben".

Offensichtlich war die Implikation, dass Journalisten, die es wagten, etwas über das explosive Material zu veröffentlichen, Blut an den Händen haben würden. So ignorierte die überwältigende Mehrheit der britischen Medien die Kabel.

Es ist eine offene Frage, ob das DSMA-Komitee die Nachrichtenagenturen ebenfalls davon abhielt, Geschichten zu

verfolgen, die sich auf Washingtons Verunglimpfung von Julian Assange beziehen. Trotz seines beispiellosen Falls, der ein klares Schlagzeilen-Futter liefert, war die britische Medienberichterstattung einzigartig schlaff.

Zum Beispiel [enthüllte](#) das isländische Magazin Stundin im Juni 2021 eine [ablösende Anklage](#) gegen den WikiLeaks-Chef, die weitgehend auf der falschen Aussage eines Betrügers, diagnostizierten Soziopathen und verurteilten Pädophilen beruhte, den das FBI rekrutiert hatte, um die Organisation von innen heraus zu untergraben. [Kein einziger](#) britischer Journalist hat darüber berichtet.

Drei Monate später, Yahoo! Nachrichten [enthüllten](#) die "geheimen Kriegspläne" der CIA, Assange zu entführen oder sogar zu ermorden, falls er aus der ecuadorianischen Botschaft in London floh. BBC News erwähnte das Bomben-Exposé - wenn auch in seiner [somalischsprachigen Sektion](#). [The Guardian](#) und [Independent](#) haben die Geschichte auch einmal erwähnt. Alle anderen britischen Medien [ignorierten](#) die Berichterstattung.

„Jeden Arbeitstag“

Nach Angaben, die in Ian Cobains 2016 erschienenem Buch [The History Thieves zitiert](#) werden schätzt das DSMA-Komitee 80 - 90 Prozent der Geschichten, von denen Journalisten vermuten, dass sie *could* vor der Veröffentlichung auf Material verweisen könnten, das einer der fünf D-Notizen unterliegt, die freiwillig zur offiziellen Prüfung und zur möglichen Zensur eingereicht werden. Der stellvertretende Vorsitzende des DSMA-Ausschusses [boasted](#) prahlte: „Durchschnittlich berät ein Journalist jeden Arbeitstag das Sekretariat.“

Nur wenige, wenn sich irgendwelche britischen Bürger dieser perversen Situation bewusst sind, geschweige denn, dass dies zu der überwältigenden Mehrheit der Medienberichterstattung über Fragen der nationalen Sicherheit führt, die durch ein direktes Regierungsdekret verankert und diktiert werden.

Dennoch gibt es seltene Beispiele von Journalisten und Redakteuren, die sich nicht mit dem DSMA-Ausschuss vor der Veröffentlichung von Geschichten abstimmen. Die wichtigste betraf die Berichterstattung des Guardian über sensible Dokumente, die von dem NSA-Whistleblower Edward Snowden geteilt wurden, der die Exzesse des geheimen globalen Spionageapparats „Five Eyes“ unter der Leitung von Washington und London aufdeckte.

Am 7. Juni 2013, dem Tag nach den ersten Berichten des Guardian, feuerte das Komitee eine D-Notiz an die Zeitungsredakteure ab und erklärte, dass, obwohl ihre Richtlinien nicht verletzt worden seien, die Geheimdienste "besorgt waren, dass weitere Entwicklungen dieses gleichen Themas" die nationale Sicherheit gefährden könnten. So waren es die Snowden-Enthüllungen, die von den britischen Medien weitgehend ignoriert wurden, wobei die meisten Medien die seismischen Enthüllungen überhaupt nicht erwähnten.

Das Komitee unternahm auch umgehend beträchtliche Anstrengungen, um The Guardian zu kultivieren und zu neutralisieren. Im Juli desselben Jahres, genau in dem Moment, in dem die GCHQ-Techniker zusahen, wie Laptops mit den Snowden-Akten rituell zerstört wurden, bat das Outlet um Ratschläge des Ausschusses zu den Dokumenten und lehnte es anschließend ab, bestimmte darin enthaltene Informationen zu veröffentlichen.

Ein solches Engagement nahm im Laufe des Jahres stetig zu und gipfelte darin, dass der stellvertretende Redakteur des Guardian, Paul Johnson, der die symbolische Zerstörung des Laptops leitete und in das DSMA-Komitee berufen wurde.

Drei Jahre später wurde das Ermittlungsteam des Outlets [aufgelöst](#), und die Berichterstattung des Guardian über militärische, Sicherheits- und Geheimdienstprobleme ging seitdem steil zurück. Derzeit haben viele wichtige nationale Sicherheitskorrespondenten am Outlet wenig oder keinen Hintergrund auf dem Gebiet und produzieren häufig unterwürfige Puffstücke für MI5, MI6, GCHQ et al.

Eine „Dringende“ Warnung

Die [offensichtliche Nervengiftvergiftung](#) des ehemaligen Doppelagenten Sergej Skripal und seiner Tochter Yulia in der englischen Stadt Salisbury am 4. März 2018 ist ein weiteres Beispiel für die Funktion des Komitees.

Zwei Tage später [veröffentlichte](#) die russische Nachrichtenagentur Meduza einen Artikel, in dem Skripals Spionagegeschichte und die seines MI6-Recruiters und -Handlers Pablo Miller beschrieben wurde. Es erwähnte Millers LinkedIn-Konto, dass er zu sehr in Salisbury wohnte.

Miller hat dieses belastende Profil ordnungsgemäß gelöscht. Doch am 7. März [enthüllte](#) The Daily Telegraph, dass er jetzt für Orbis Intelligence arbeitete, die berüchtigte private Sicherheitsfirma unter der Leitung des ehemaligen MI6-Spions Christopher Steele, der das weithin diskreditierte Trump-Russland-Dossier verfasste.

Trotz der Veröffentlichung, die sich freiwillig weigerte, Miller zu nennen, gab der DSMA-Sekretär [innerhalb weniger Stunden](#) eine

"dringende", missige Warnung heraus, Redakteure davor zu warnen, Identitäten des britischen Sicherheits- und Geheimdienstpersonals aufzudecken. Sie forderte Journalisten und Redakteure auf, den Ausschuss zu konsultieren, wenn sie „derzeit die Veröffentlichung von solchem Material in Betracht ziehen“.

Am nächsten Tag [gingen](#) Gordon Corera von BBC News und Luke Harding von The Guardian, beide bekannte Stenographen der nationalen Sicherheit, [auf Twitter](#) und gaben Firmenleugnungen heraus, die Miller jemals für Orbis arbeitete. Sie behaupteten auch - basierend auf anonymen Quellen - es gab keinerlei Verbindung zwischen Skripal und Steele. Harding behauptete sogar [wild](#), dass Online-Suchmaschinenergebnisse, die eine solche Verbindung bezeugen, das Produkt einer ruchlosen Suchmaschinenmanipulation seien.

Der Daily Telegraph veröffentlichte schließlich einen Artikel, in dem er seinen früheren Bericht als Produkt eines "Black-Ops-Versuchs" von Kreml-Spionen ablehnte, der das Steele-Dossier in Zweifel ziehen sollte. "Gut platzierte Quellen" wurden mit den Worten zitiert, dass sie das LinkedIn-Profil "vermuten", auf das sich das Outlet ursprünglich bezog - "wenn es jemals richtig existierte" - vom russischen Militärgeheimdienst erstellt wurde.

Es Wird Einfach Schlimmer

Der Aufstieg des Internets hat der D-Notice ernsthafte Probleme bereitet. Schließlich ist es für die britische Regierung praktisch unmöglich, Veröffentlichungen und Journalisten außerhalb des Landes daran zu hindern, Informationen freizugeben oder zu verstärken, die sie nicht öffentlich will.

In der April-Sitzung des Ausschusses hat der amtierende stellvertretende Vorsitzende genau darauf hingewiesen und erklärt: "Es wird immer schwieriger, Geheimnisse im aktuellen Medienumfeld zu bewahren." Das Komitee ist zutiefst besorgt über "die zunehmende Geschwindigkeit des Nachrichtenzyklus mit fast sofortigem Posting in sozialen Medien und der zunehmenden Globalisierung der Nachrichten".

Dies kann zumindest teilweise erklären, warum die britischen Behörden planen, ihre Fähigkeit, Whistleblower, Leaker und Journalisten zu jailyen, erheblich zu erweitern. Das neue [National Security Bill](#), das später in diesem Jahr Gesetz werden soll, könnte dissidente Journalisten und Forscher lebenslänglich ins Gefängnis bringen.

Nach seinen drakonischen Bedingungen droht jedem, der unter der neuen Straftat verurteilt wurde, "geschützte Informationen zu erhalten oder offenzulegen", mit einer Geldstrafe, lebenslanger Haft oder beidem, wenn er nach einem Geschworenenprozess verurteilt wird. "Geschützte Informationen" sind definiert als "eingeschränktes Material" und müssen nicht einmal klassifiziert werden.

[Eine Überprüfung](#) der parlamentarischen Debatten über den Gesetzentwurf des Journalisten Mohammed Elmaazi zeigt, dass WikiLeaks die Gesetzgebung inspiriert hat. Konservative und Labour-Abgeordnete waren gleichermaßen motiviert, es aus diesen Gründen zu unterstützen, obwohl sie Bedenken hatten, dass sie kein öffentliches Interesse oder journalistische Verteidigung bieten. Dieser mephitische Vorstoß ist umso bedrohlicher, als der DSMA-Ausschuss und sein D-Notice-System bereits ein verheerend erfolgreiches Mittel sind, um den

investigativen Journalismus zu unterdrücken.

Erschreckenderweise hat das britische Oberste Gericht am selben Tag Julians Berufung abgelehnt, Alan Rusbridger, Redakteur des Guardian zur Zeit seiner Snowden-Berichterstattung, über das Erbe des Opfers des ehemaligen NSA-Auftragnehmers nachgedacht. Er räumte ein, dass die primären Ergebnisse "ein Gerangel der Regierungen waren, rückwirkend Gesetze zu verabschieden, die die Aktivitäten sanktionieren, die sie heimlich durchgeführt hatten", und "eine Reihe von Versuchen mit stabiler Tür, um sicherzustellen, dass Journalisten nie wieder das tun können, was der Guardian und andere vor 10 Jahren getan haben".

"Selbst jetzt versucht die britische Regierung, die Gesetze um die offizielle Geheimhaltung hastig zu überarbeiten, sicherzustellen, dass jeder Redakteur, der sich wie vor 10 Jahren verhalten hat, bis zu 14 Jahre Gefängnis drohen würde", beklagte Rusbridger.

„Halten Sie also nicht den Atem an für den zukünftigen Edward Snowdens in diesem Land. Die britischen Medien sind im Großen und Ganzen nicht dafür bekannt, ihre Sicherheitsdienste streng zur Rechenschaft zu ziehen, wenn überhaupt.“

Dies ist eine aktualisierte Version einer April 2022-Untersuchung für die von Lesern unterstützte Website *The Dissenter*. Bitte erwägen Sie, sich zu abonnieren.

Alle meine Untersuchungen sind frei zu lesen, dank der Großzügigkeit meiner Leser. Unabhängiger Journalismus erfordert jedoch Investitionen, wenn Sie also Wert aus diesem Artikel oder anderen nehmen, ziehen Sie bitte in Betracht, ihn zu teilen oder sogar ein bezahlter Abonnent zu werden. Ihre

Unterstützung wird immer dankbar empfangen und wird nie vergessen werden.